

# Bruno Kreisky: Sein Wirtschaftswunder

## ANALYSE.

Wie Kreisky Österreich modernisiert hat und wo seine Politik scheiterte.

Es ist die Überzeugung der Bundesregierung, dass sich Österreichs Beteiligung an der europäischen Integration in dem Maße frictionsfrei gestalten wird, als es gelingt, Österreich auf vielen Gebieten europareif zu machen. Dies gilt im Besonderen für die Wirtschaft, die systematisch von den Fesseln überholter protektionistischer und bürokratischer Bürden befreit werden muss.“

Diese Zeilen stammen aus der Regierungserklärung – aus dem Jahr 1971. Es handelte sich um die erste mit absoluter Mehrheit ausgestattete SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky, der diesen Samstag vor 100 Jahren geboren wurde. Als Verfasser der Zeilen gilt Hannes Androsch, damals jüngster Finanzminister und Kreiskys „Wunderwaffe“ in Sachen Finanz- und damit Wirtschaftspolitik bis zum Bruch 1981.

**Goldene 70er-Jahre.** Kanzler Kreisky und seine Regierungszeit von 1970 bis 1983 sind gespickt mit Mythen und für das Land identitätsstiftenden Begriffen. Die 70er-Jahre gelten noch heute zu Recht als Österreichs „goldenes Jahrzehnt“. Das relativ rückständige Österreich der 60er-Jahre erlebte eine weitgehende Modernisie-



rung. Mehr als 1.000 Kilometer an Autobahnen und Bundesstraßen wurden gebaut, rund 400.000 neue Wohnungen, etwa 200 Schulen und über 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Universitäten, Forschung und Ausbildung wurden reformiert und gefördert. Wie stark der Wohlstand stieg, zeigt die Zahl der zugelassenen Automobile: Zählte man 1970 noch 1,04 Millionen, waren 1980 bereits 1,62 Millionen registriert.

Vor allem aber gelang ein gewaltiger Spagat: sowohl die Rechte der Arbeitnehmer zu

stärken – beispielsweise durch den Ausbau der Mitbestimmung – als auch gleichzeitig die Industrie – beispielsweise durch geschickte fiskalpolitische Steuerung. Durch vorzeitige Abschreibung, durch günstige Kredite und Freibeträge war Investieren für Betriebe besonders attraktiv.

**Die Insel der Seligen.** Mit ebenso großer Berechtigung wurde damals – angeblich sogar vom Papst – der Begriff von Österreich als einer „Insel der Seligen“ geprägt. Tatsächlich wurde Österreich von umlie-

genden Ländern beneidet. Vor allem wegen der ständig niedrigen Arbeitslosenquote, die nie über 62.000 bzw. 2,5 Prozent stieg – de facto Vollbeschäftigung. Zum Vergleich: Derzeit sind mehr als 300.000 Österreicher auf Jobsuche. Rechnet man die damals nicht vorhandenen Arbeitslosen in Schulungen sowie die Frühpensionisten ein, müsste man heute eine Marke über 500.000 anführen. Viele andere europäische Länder mussten dagegen mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquoten hinnehmen. Die Ölpreisschocks 1973 und

1979 trafen Österreich auch deswegen nur marginal. Während Europa ab 1971 von mehreren Wellen sozialer Unruhen inklusive Massenstreiks erschüttert wurde, lösten hierzulande die Sozialpartner den Klassenkampf am Verhandlungstisch. So wurde die Normarbeitszeit stufenweise bis 1975 von 45 auf 40 Wochenstunden reduziert.

Auch die diplomatischen Erfolge Kreiskys schlugen zu Buche: Die Exporte in die damaligen Ostblockstaaten (Comecon), das damalige Jugoslawien sowie den Nahen



## Der Sonnenkönig und sein Kronprinz

Bruno Kreisky war immer nah am Wähler. Die Voest-Arbeiter besuchte er regelmäßig, wie 1975 per Hubschrauber (links). Hannes Androsch prägte die erfolgreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik der Ära Kreisky – bis zum Bruch 1981.

Osten wurden massiv ausgedehnt und erreichten eine Quote von gut 20 Prozent.

**Austro-Keynesianismus.** Die Politik, mit der Österreich in der Ära Kreisky ruhig durch wirtschaftlich turbulente Zeiten gelenkt wurde, etikettierte man im Nachhinein mit der Bezeichnung „Austro-Keynesianismus“. Oft wird dies heute darauf reduziert, dass der Staat rezessiven Wirtschaftsentwicklungen durch Ausgaben – auch auf Kreditbasis („deficit spending“) – entgegenwirkt. Dazu passt das Kreisky-Zitat von den paar Milliarden Schilling Schulden, die ihm weniger schlaflose Nächte bescherten würden als ein paar Hundert Arbeitslose mehr. Mit diesem Zitat argumentieren Kritiker heute den Begriff des „Schuldenkanzlers“.

Der „Austro-Keynesianismus“ sei in Wahrheit ein Mix aus den Wirtschaftstheorien von John Maynard Keynes und

aus dem als entgegengesetzt geltenden Monetarismus des Milton Friedman gewesen, betont der für diesen Kurs damals hauptverantwortliche Hannes Androsch heute. Eine moderate, von der Gewerkschaft unterstützte Lohnpolitik, stabile Preis- und Zinsentwicklung sowie Export- und Investitionsförderungen waren Teil dieser Politik. Über kreditfinanzierte Infrastrukturinvestitionen wurde die Wirtschaft angekurbelt. Und: Die Staatsausgaben wurden mit dem Maßnahmenpaket 1978 wieder reduziert.

Die konkreten Zahlen: Die absoluten Staatsschulden stiegen von 3,4 Milliarden Euro (1970) auf 27 Milliarden (1980). Heute sind es 199 Milliarden Euro, wobei derzeit anders als damals rund 40 Milliarden an Schulden (ÖBB, Asfinag) ausgegliedert sind. Die relativen Zahlen zum Vergleich: 1970 betrug die Staatsschulden 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 1980

34 Prozent des BIP; aktuell sind es 70 Prozent des BIP.

**Hartwährungspolitik.** Die für den Wirtschaftsaufschwung ebenfalls entscheidende Stabilität erbrachte der harte Schilling, dessen Wechselkurs Androsch nicht zuletzt gegen den Widerstand Kreiskys an die Deutsche Mark koppelte. Dies konnte nur gelingen, weil Gewerkschaft und Nationalbank sich hinter den Finanzminister gestellt hatten. Vor allem der ÖGB unter seinem mächtigen Präsidenten Anton Benya trug mit moderaten Lohnforderungen zum Aufschwung bei.

**Die großen Fehler.** Die Wirtschaftspolitik Kreiskys hinterließ aber auch Probleme. So scheint aus heutiger Sicht die Energiepolitik verfehlt. Die Ölpreisschocks wurden vom Kanzler nicht als jene Trendwende wahrgenommen, die sie waren. Das lange Zögern um das AKW Zwentendorf führte zur Ablehnung des Baus und zur Nichteröffnung trotz voller Investition und schließlich dazu, dass Österreich heute Atomstrom importieren muss. Denn auch große Wasserkraftwerke wurden in der Folge abgelehnt. Ein weiterer Sündenfall war wohl die Verzögerung von Strukturreformen im Bereich der verstaatlichten Industrie. Die in den Kreisky-Jahren dort explodierende Krise verschlang über 100 Milliarden Schilling und führte zum Verlust von mehr als 50.000 Arbeitsplätzen. Ähnliches gilt in kleinerer Dimension auch für die private Textil- und Papierindustrie.

Freilich gilt wie in allen Bilanzen der Ära Kreisky: Auch in wirtschaftlicher Hinsicht überwogen die Erfolge.

M. R. LEEB